



Wahlprüfsteine 2021

Themenkreis I

Besoldung und Versorgung

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungswidrigen Richterbesoldung in Berlin gilt spiegelbildlich auf für die Beamten, da in den vergleichbaren Besoldungsgruppen A 13 bis A16, aber auch in der B-Besoldung im Wesentlichen gleiche Bezüge gezahlt werden.

1. Wie soll nach Auffassung Ihrer Partei künftig eine verfassungsmäßige Besoldung gewährleistet werden?
2. Treten sie für Nachzahlungen für die Vergangenheit an alle betroffenen Beamten ein?
3. Halten Sie im Interesse der Personalgewinnung eine generelle Anpassung der Beamtenbesoldung an die generell höhere Bundesbesoldung für geboten?
4. Halten sie die Rückkehr zu einer einheitlichen Beamtenbesoldung in Deutschland mit Blick auf die Besoldungskonkurrenz der Bundesländer und des Bundes für ein politisch erstrebenswertes Ziel?
5. Wie wollen Sie der immer weiter um sich greifenden Zersplitterung der Vergütungssysteme im Tarifbereich und der Beamtenbesoldung (Lehrer, Ärzte und weitere Mangelberufe) entgegenwirken?
6. Setzen Sie sich trotz der höheren Kosten für die Landeshaushalte für eine gesetzliche Krankenversicherungspflicht für Beamte ein und welche Vorteile/Nachteile sehen sie darin?
7. Beabsichtigen Sie das Eintrittsalter der Beamten in den Ruhestand in der kommenden Legislaturperiode auf 67 Jahre (oder höher) anzuheben?

Themenkreis II

Personalmanagement

1. Welche Personalstrategie verfolgen Sie zur Bewältigung des demographisch bedingten Personalverlustes?
2. Welche Strategien verfolgen Sie zur Nachwuchsgewinnung und Nachwuchsförderung?
3. Beabsichtigen Sie weitere Flexibilisierungen im Laufbahnrecht und wenn ja, welche?



4. Ist die Absenkung von Anforderungs- und Leistungsstandards, wie sie z.B. bei der Berliner Polizei oder bei der Lehrerschaft vollzogen wurden, für Sie eine geeignete Option zur Nachwuchsgewinnung?
5. Welche Maßnahmen planen Sie zur Erhöhung des Migrantenanteils in der Berliner Verwaltung?
6. Welche Strategien verfolgen Sie, um möglichst vielen Dienstkräften der Berliner Verwaltung auch nach der Pandemie die Arbeit im Homeoffice zu ermöglichen?

Themenkreis III

Organisation der Berliner Verwaltung

1. Welche Vorstellungen haben Sie zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Senat und Bezirken?
2. Halten Sie eine Stärkung der Senatsverwaltungen durch stärkere Eingriffsbefugnisse des Senats gegenüber den Bezirken, insbesondere die Einführung einer effektiven Fachaufsicht, für sinnvoll oder streben Sie eine noch größere Selbständigkeit der Bezirke gegenüber dem Senat an?
3. Wie beurteilen Sie stärkere Eingriffsbefugnisse des Bezirksbürgermeisters gegenüber den Bezirksstadträten?
4. Befürworten Sie, dass – ähnlich wie in den meisten Kommunalverfassungen – für die Mitglieder der Bezirksämter eine bestimmte Mindestqualifikation, z.B. ein Hochschulabschluss oder eine vergleichbare Qualifikation gesetzlich vorgeschrieben wird?
5. Welche Strategien verfolgen Sie zur Vereinheitlichung Informationstechnik im Land Berlin?

Themenkreis IV

Externe Rechtsberatung

Der Senat bedient sich in immer stärkerem Umfang externer Rechtsberatung durch Anwaltskanzleien und andere juristische Berater, obwohl in den meisten Verwaltungen eine Vielzahl hochqualifizierter Juristen tätig ist, die mit den klärungsbedürftigen fachlichen Fragen täglich unmittelbar befasst sind und zudem über umfangreiche Verwaltungserfahrung verfügen.

1. Halten Sie diese – anscheinend auf fehlendem Vertrauen gegenüber den eigenen Dienstkräften beruhende – Verfahrensweise für sinnvoll?
2. Verstärkt diese Praxis nicht die Gefahr von – den politischen Wünschen der Auftraggeber entsprechenden – stark ergebnisorientierten Bewertungen von Rechtsfragen an Stelle der gebotenen objektiven Beurteilung?